

Pressemitteilung

Verzögerungen bei Novemberhilfe: Drohende Liquiditätsengpässe verhindern *Gemeinsame Erklärung von Wirtschafts- und Bankenverbänden / Forderung nach Steuer-Erleichterungen*

Wegen Verzögerungen bei der Novemberhilfe des Bundes arbeiten die größten bayerischen Wirtschafts- und Bankenverbände an einer Überbrückungsfinanzierung für die vom Teil-Lockdown betroffenen Betriebe im Freistaat. Dazu haben der Bayerische Industrie- und Handelskammertag, der Bayerische Handwerkstag, die vbw - Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V., der Bayerische Bankenverband e. V., der Sparkassenverband Bayern, der Genossenschaftsverband Bayern und die Steuerberaterkammern München und Nürnberg eine gemeinsame Erklärung verfasst.

Aus Sicht der Organisationen und Verbände können die Hausbanken den schwer von den Einschränkungen und Betriebsuntersagungen gebeutelten Unternehmen und Solo-Selbstständigen mit einer Zwischenfinanzierung unter die Arme greifen und so Liquiditätsengpässe überbrücken. Eine Möglichkeit dazu wären Dispositionskredite. Betroffene Selbstständige und Unternehmen sollen frühzeitig mit ihrer Hausbank Kontakt aufnehmen, um eine mögliche Überbrückungsfinanzierung zu prüfen, solange die Novemberhilfe noch nicht ausgezahlt werden kann. Wirtschaft und Banken im Freistaat kritisieren, dass sich die Auszahlung der versprochenen Corona-Hilfen des Bundes um mehrere Wochen verzögert. Das liegt unter anderem an der IT-Software sowie an noch ungeklärten Abwicklungsdetails und weiteren ausstehenden Genehmigungen durch die EU.

„Die Verzögerung trifft viele Selbstständige und Unternehmen hart, denn sie haben zum Teil bereits ihre Rücklagen eingesetzt, um in der Corona-Krise zu überbrücken“, heißt es in der gemeinsamen Erklärung. Selbst wenn die angekündigten Abschlagszahlungen bei der Novemberhilfe schnell ausgezahlt werden, werde der oftmals deutlich höhere Zuschussanspruch erst mehrere Wochen später ausgezahlt, schreiben die Banken- und Wirtschaftsverbände. Daher sprechen sie sich für eine finanzielle Überbrückung aus, damit wirtschaftliche Existenzen nicht vom Aufgeben bedroht sind. Steuerliche Entlastungen sind ein weiteres geeignetes Mittel, um die Wirtschaft zu unterstützen. Unter anderem müsse der Verlustrücktrag auf drei Jahre ausgeweitet und die Höhe ausgedehnt werden, so die Forderung in dem gemeinsamen Papier.

München, 08.12.2020